

Die Finanznot der Gemeinden

Ein Bürgermeister eines Städtchens mit 25 000 Einwohnern im wirtschaftlich starken Speckgürtel von Frankfurt am Main macht sich Gedanken. Das Städtchen hat sehr gute Verkehrsanbindungen und einen Gewerbepark. Die Ähnlichkeiten mit Neuenhagen sind unverkennbar, aber es bestehen große Unterschiede in den Einnahmen über die Gewerbesteuer. Wenn das so weiter geht, ist das Städtchen in zwei bis drei Jahren pleite. Die Stadtgemeinde im Umfeld von Frankfurt am Main ist größer als die Gemeinde Neuenhagen, die keine Stadt ist, aber das scheint in der gegenwärtigen Situation der Finanzklemme nicht mehr von Bedeutung zu sein. Die Gemeinden sind nämlich alle strukturell unterfinanziert. So wie der Taunusgemeinde geht es vielen Gemeinden in Deutschland. Neuenhagen wird keine Ausnahme machen. Die Frage ist, ob sie sich in einer Problemregion befindet. Zumindest liegt sie in dem nicht gerade wohlhabenden Land Brandenburg und ist ein Vorort in der hochverschuldeten Kapitale Berlin..

Der Bürgermeister der Taunusgemeinde sieht die Gefahr einer Abwärtsspirale, in der viele Kommunen die Leistungen für ihre Bürger herunterfahren müssen. In den alten Bundesländern hat die Finanzkrise besonders die Gewerbesteuer, die die Unternehmen an die Gemeinden abtreten müssen, große Löcher in die Gemeindehaushalte gerissen. Das betrifft vor allem Gemeinden mit blühenden Gewerbeparks und großen Unternehmen, die weltweit agieren. Immerhin erwarten die Kommunen ein Haushaltsdefizit von 12 Milliarden EURO. Wenn die Kommunen kein Geld haben, können sie keine Kindergärten bauen. Kredite können die Kommunen bei den Banken nicht mehr zu den Konditionen bekommen, die sie wollten. Also müsste an anderer Stelle gespart werden. Wenn der Haushalt ausgereizt ist, wird dieser Weg versperrt sein. Das gesamte Wirtschaftswachstum ist dann in Gefahr; denn Städte und Gemeinden sind für 60 % aller öffentlichen Investitionen verantwortlich. In der Taunusgemeinde ist das Geld so knapp, dass der Bürgermeister nicht weiß, wie er die Löcher stopfen soll. Selbst wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen werden sollten – die Bücherei, das Schwimmbad (es kostet uns in Neuenhagen 300 000 EURO im Jahr), die Sportplätze, die Kitas - ließen sich in der Taunusgemeinde nur 5,2 Millionen EURO einsparen. Auch bei dem Bau einer Kita wird nicht immer bedacht, dass Folgekosten aus der Unterhaltung des Gebäudes oder des Schwimmbades entstehen. In Neuenhagen ist sogar großzügig eine Kita mit Sauna gebaut worden nach dem Motto, für unsere Kinder ist uns nichts zu teuer. Es fehlt überhaupt das Verständnis auch bei den Gemeindevertretern, dass es mit einer einmaligen Zahlung nicht getan ist. Die Vorstellung dominiert, dass es die Nachkommen schon richten werden. Der Begriff der Nachhaltigkeit scheint

ein Fremdwort zu sein. Die Kämmerer sollten mehr als früher einen vorausschauenden Haushaltsplan vorlegen.

Die Vorschläge, um die Folgen der Finanzkrise zu bewältigen, kommen bekannt vor. Sie lauten, um nur einige zu nennen:

- Die Kommunen müssen bei den Sozialausgaben entlastet werden,
- die Kommunen brauchen einen größeren Gestaltungsspielraum und müssen stärker als bisher über ihre Ein- und Ausgaben entscheiden können,
- es sollten vier Säulen der Kommunalfinanzierung geben: eine Grundsteuer, Anteil an der Einkommenssteuer der ortsansässigen Einwohner mit eigenem Hebesatzrecht, eine Beteiligung am Körperschaftssteueraufkommen der Unternehmen und ein Anteil der Lohnsteuer der Beschäftigten

Die Absenkung von Standards sind unumgänglich. Fahrradwege müssen nicht für die Ewigkeit gebaut werden. Noch vor dem Krieg reichte in der Landhausstraße dafür ein Kiesweg. Heute durchlief ich einen Fahrrad- und Fußgängerweg in Hoppegarten, abgezäunt vom Reitweg. Beide führen über das Neuenhagener Fließ. Es geht doch!

Die von mir zitierten Vorschläge stammen von der „Stiftung Marktwirtschaft“. Die kommunalen Abgeordneten sollten sich mehr mit ihrer Weiterbildung beschäftigen und dafür die Aufwandspauschale benutzen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Einsicht ist allerdings Voraussetzung.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 9.5.2010